

VAIHINGER MANIFEST

Demokratie-Forum der Empörten und Engagierten
(DemFEmpEng)

VAIHINGER MANIFEST

Die real existierende Demokratie in Deutschland verdient den Namen "Demokratie" nicht.

Der Name leitet sich ab vom griechischen "Demos" = "das Volk, die Gemeinde" und "kratein" = "herrschen". Dass tatsächlich Volk oder Gemeinde über zentrale Weichenstellungen in allen gesellschaftlichen Bereichen bestimmen, scheint immer mehr in den Hintergrund zu rücken. Demokratie wird simuliert, nicht gelebt.

Unser Anliegen ist es, den Aufbruch in eine postdemokratische Gesellschaft zu stoppen. Wir Bürgerinnen müssen die Rettung und Fortentwicklung unserer Demokratie in die eigene Hand nehmen. Wir sind aufgerufen über die Angelegenheiten der Gesellschaft selbst Entscheidungen zu treffen.

Die Unterzeichner dieses Manifests rufen dazu auf, sich dem Spiel der Demokratiesimulation zu entziehen und stattdessen durch eigene politische Aktivität bei der Umformung der Politik mitzumachen – hin zu einer Demokratie, die diesen Namen verdient.

Wir haben im Text die Begriffe für Personengruppen, die das weibliche und männliche Geschlecht umfassen, in den Fällen, in denen es stilistisch möglich war, neutralisiert. In anderen Fällen haben wir zwischen der weiblichen und männlichen Form gewechselt.

Eine Demokratisierung der Demokratie ist möglich und nötig

Empörung und Engagement

Wir – ein kleiner Kreis von Parteien und Gruppierungen aus Bürgerbewegungen, der sich in Vaihingen/Enz zu einem “Demokratielkränzle” zusammengefunden hat – sind empört: über den zunehmenden Abbau freiheitlicher, demokratischer Gepflogenheiten. Und wir sind engagiert: Wir wollen eine Bündelung derjenigen Kräfte anregen, denen an einer funktionierenden demokratischen Gesellschaftsordnung gelegen ist. Das vorliegende Papier ist Ergebnis dieser Initiative. Es soll die gedankliche Grundlage werden für ein größeres Bündnis. Wie auf einem Marktplatz (lat. = Forum) sollen Überlegungen angeboten werden, die zum Austausch und Mitnehmen bestimmt sind. Unter Bezug u.a. auf zwei kleine, prägnante Schriften von Stéphane Hessel (“Empört euch!” bzw. “Engagiert euch!”) nennen wir uns **“Demokratie-Forum der Empörten & Engagierten”** (DemFEmpEng) – für alle Aufgeweckten, die den Schuss gehört haben.

Unser Selbstverständnis

Wir verstehen uns als entschiedene Demokratinnen. Wir sind uns bewusst, dass wir uns in der Bundesrepublik Deutschland – verglichen mit vielen anderen Ländern – auf einem hohen Niveau beschweren und Verbesserungen fordern. Trotzdem gibt es vor unserer eigenen Haustüre einiges zu kehren. Und genau dort wollen wir beginnen. Der heutige Entwicklungsstand unserer Gesellschaft lässt neue Wege der politischen Meinungsbildung zu. Ebenso gibt es bessere Möglichkeiten, deren Umsetzung zu kontrollieren, anstatt entsprechende Willensbekundungen im Sand verlaufen zu lassen. Seit der Epoche der Aufklärung sind die Gleichheit aller Mitglieder einer Gesellschaft und eine möglichst rationale Debatte

über das Gemeinwohl Kriterien für eine Demokratie. Hier sehen wir große Defizite – bis hin zu massiven Einschränkungen von Grundrechten.

Das Elend der Demokratie

Ob Kriege geführt werden – angeblich zur Wahrung der Menschenrechte und zur Durchsetzung von Demokratie – oder ob “soziale Reformen” erzwungen werden oder ob internationale Verträge, die tief in die politische Ordnung eingreifen, gegen breiten Widerstand durchgesetzt werden sollen – grundlegende gesellschaftliche und politische Änderungen werden nicht im Interesse der Bevölkerung der jeweiligen Länder und Regionen und schon gar nicht in deren Auftrag vollzogen. Ein Berufspolitikertum entfernt sich mehr und mehr vom Gemeinwohl und von den Anliegen der Bevölkerung, die – wohl nicht zuletzt aufgrund dieser Entwicklungen – den Wahlen in immer größerem Ausmaß fern bleibt. Ein immer kleinerer Kreis von Mächtigen bestimmt, was geschieht. Durch undemokratische Übertragung zentraler Kompetenzen auf Instanzen wie die EU verringert sich zusätzlich die Mitbestimmungsmöglichkeit bei entscheidenden politischen Fragen. Ein markanter Ausdruck dieser Verselbstständigung eines undemokratischen politischen Systems ist das hemmungslose Ausspionieren der Bevölkerung bis hin zu politischen Amtsträgerinnen durch Geheimdienste.

Erste-Hilfe-Maßnahmen zur Rettung einer demokratischen Ordnung

Im Folgenden schlagen wir Maßnahmen vor, von denen die meisten von uns überzeugt sind, dass sie Wesentliches zur Erneuerung des demokratischen Prinzips beitragen könnten. Demokratie braucht allerdings darüber hinaus sehr allgemeine Bedingungen, um sich gut entwickeln zu können: zum Beispiel ein Bildungssystem, das Demokratiefähigkeit für alle zum Ziel hat, Freiheit von Angst im Arbeitsleben und bei der Beteiligung an öffentlichen Angelegenheiten, mehr Gleichheit – politische und wirtschaftliche – ganz allgemein.

Wir aber suchen zunächst Wege in eine politische Praxis, die sofort beschritten werden können. Es geht uns um die Stärkung des direkten Einflusses der Bürgerinnen und Bürger. Darüber hinaus stellen wir Überlegungen an, wie schlechte Politik spürbar zu unangenehmen Konsequenzen führen kann für diejenigen, die sie zu verantworten haben.

Im Bemühen um diese grundsätzlichen Rettungsmaßnahmen für eine demokratische Ordnung können wir uns weitgehend inhaltlicher Stellungnahmen zu den einzelnen Bereichen der Politik von Soziales über Verkehr bis Außenpolitik enthalten. Wir gehen davon aus, dass funktionierende demokratische Prozesse letztlich dem Gemeinwohl dienen.

Eines unserer Anliegen ist dabei, die aktuellen Restbestände demokratischer Prozesse für eine Umgestaltung zu nutzen. Alle bestehenden Parteien lassen sich daran messen, wieweit sie den hier vorgebrachten Grundgedanken zur Umsetzung verhelfen wollen. Sie sind aufgefordert, entsprechende Gesetzesinitiativen einzubringen und zu unterstützen.

Einzelmenschen und Gruppierungen, die sich von Parteien bewusst fernhalten, können durch ihre ausdrückliche Zustimmung zu diesem Manifest dokumentieren, dass sie in den genannten Punkten Änderungsbedarf sehen. Dadurch soll sich außerparlamentarischer Druck auf entsprechende Gesetzesinitiativen entfalten.

Unsere Vorschläge sind kein Wahlprogramm, von dem verlangt werden kann, dass es einen in sich zusammenhängenden Entwurf politischer Veränderung bildet. Wir sind uns bewusst, dass sich in unserem gemeinsamen Bemühen Widersprüche zeigen. In einem auf Breite angelegten Bündnis kommt es aus unserer Sicht darauf an, gut mit solchen Widersprüchen umzugehen. Hierzu gehört zunächst einmal, ihre Existenz anzuerkennen, ohne ihre direkte Beseitigung zu erwarten. Die beste Möglichkeit, damit umzugehen ist eine lebhaftige Diskussion darüber.

Wir glauben, dass die Zeit reif ist für eine breite Bewegung vieler Gruppen und Einzelner, die eine - wie oben skizzierte - bedrohliche Entwicklung der "Demokratie-wie-wir-sie-haben" erkannt haben oder zu erfahren glauben, die mal kleinere, mal radikale Änderungen für notwendig halten und die trotzdem deren schrittweise Durchsetzung ohne Waffengewalt für das Einzige halten, was alternativlos ist.

Die Themen im Überblick

	Seite
I. Allgemeine gesellschaftliche Veränderungen	10
1. Bildung	10
Sie dient dem Gemeinwohl und der Befähigung zur demokratischen Gesellschaftsgestaltung.	
2. Wirtschaft	10
Sie steht im Dienste des Gemeinwohls und unterliegt demokratischer Kontrolle.	
II. Verfahren der Repräsentation	11
1. Beteiligung aller Bewohnerinnen	11
Viele der hier lebenden Menschen können in der Politik nicht genügend mitwirken. Entsprechende Rechte und Möglichkeiten sind zu schaffen.	
2. Repräsentation der Nicht- und Nein-Wähler	12
Wahlergebnisse sollen den Grad der Zustimmung der Bewohner zu den Kandidierenden darstellen. Nichtwählen oder Verweigerung der Zustimmung soll Folgen für das Wahlergebnis haben.	
3. Parteien	13
3a. Finanzierung: Parteien müssen unabhängig von Zuwendungen sein.	13
3b. Innerparteiliche Demokratie: Stärkung der Parteibasis.	14
3c. Minderheiteninteressen: Die 5%-Hürde wird deutlich gesenkt oder abgeschafft.	14
4. Fraktionszwang	15
Der Fraktionszwang widerspricht dem Grundgesetz und wird verboten.	

	Seite
5. Abwahlmöglichkeit	15
Bei grobem politischen oder persönlichen Fehlverhalten (z.B. eklatantem Bruch von Zusagen oder Korruption) sollen Politikerinnen abgewählt werden können.	
6. Mandatsdauer	16
Mandatsträger sollen weder eine eigene Kaste bilden noch intransparenten Einflüssen unterliegen. Daher ist ihre Mandatsdauer zeitlich zu befristen.	
7. Lobbyismus	16
Nur die öffentliche Vertretung von Gruppeninteressen ist demokratisch. Lobbyismus muss kontrolliert, eingeschränkt oder abgeschafft werden.	
III. Ergänzungen zur repräsentativen Demokratie	17
1. Transparenz	17
2. Abstimmungen der Bewohnerinnen	17
3. Bewohnerbeiräte	18
4. Freie Entfaltung autonomer Strukturen	18
5. Medien	19
6. Verfassung	19
IV. Was tun? Das Nein ist der Anfang des Handelns	20

Die nachfolgend aufgelisteten Defizite sind sicher unvollständig und die dazu vorgeschlagenen Maßnahmen würden noch keine vollkommene Gesellschaft bewirken. Sie sollen eine Art "Erste-Hilfe" für die gegenwärtig wahrnehmbaren Verletzungen von Demokratie-Prinzipien sein.

Wir fordern alle demokratisch gesinnten Parteien, Gruppierungen und Menschen dazu auf, zur Stärkung einer effektiv demokratischen Gesellschaftsordnung und des Gemeinwohls über diese Ideen fair zu debattieren und ihnen zur Durchsetzung zu verhelfen.

Beobachtete Defizite und Lösungsvorschläge

I. Allgemeine gesellschaftliche Veränderungen

1. Bildung

Beobachtetes Defizit:

Auf allen Ebenen des Bildungssystems nimmt der Einfluss privater, nicht demokratisch legitimierter Akteure auf Formen und Inhalte der Bildung zu. Private Unternehmen unterstützen einzelne Schulen, Verbände richten Lehrstühle an Universitäten ein und vergeben Drittmittel für universitäre Forschungsprojekte. Banker erklären Schülerinnen, wie Wirtschaft funktioniert. Auch der Staat beeinflusst einseitig: Die Bundeswehr schwingt sich vor allem an Schulen zur fachlichen Autorität über internationale Politik und "Friedenssicherung" auf.

2. Wirtschaft

Beobachtetes Defizit:

In den letzten Jahren wird immer deutlicher, wie sehr die Politik von einer Wirtschaft abhängt, die darauf ausgelegt ist, Reichtümer in den Händen von wenigen anzuhäufen und rücksichtslose Zerstörung von Lebensräumen und Natur – langfristig unter Opferung von Hunderttausenden von Menschenleben – zuzulassen. Manche sprechen bereits von einem "Krieg Reich gegen Arm". Bei solch einer rücksichtslosen Form des Wirtschaftens bleibt die Demokratie zwangsläufig auf der Strecke.

Mögliche, zu diskutierende Lösungen:

Das öffentliche Bildungssystem sollte wieder vollständig steuerfinanziert sein und die gesamte Breite der Bildungsangebote abdecken.

Intransparenter Einfluss privater oder einzelner staatlicher Interessengruppen durch Sponsoring oder Drittmittel sollte nicht mehr stattfinden. Primäres Ziel aller Bildung sollte immer auch sein, die Fähigkeit zu stärken, an der Gestaltung der Gesellschaft aktiv mitzuwirken.

Mögliche, zu diskutierende Lösungen:

Die Wirtschaft sollte demokratisiert und stärker gesellschaftlich kontrolliert werden. Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz, Verteilungsgerechtigkeit, Naturschutz und planvoller Umgang mit knapper werdenden Ressourcen sollten sichergestellt werden.

Die Anhäufung von Reichtümern in den Händen weniger Menschen sollte rückgängig gemacht werden. Das Geldsystem sollte so reformiert werden, dass verhindert wird, dass astronomisch hohe Scheinvermögen entstehen, die zwangsläufig in Krieg und Gewalt enden müssen.

Die unablässige Privatisierung öffentlichen Eigentums sollte gestoppt und rückgängig gemacht werden. Bereiche, die das Leben in einer Gesellschaft wesentlich bestimmen, sollten der politischen Kontrolle unterworfen bleiben bzw. wieder unterworfen werden.

II. Verfahren der Repräsentation

1. Beteiligung aller Bewohnerinnen

Beobachtetes Defizit:

In Parlamenten ist in der Regel die Gruppe der studierten, gesunden Männer im mittleren Alter und ohne Migrationshintergrund überrepräsentiert. Durch sie wird nicht die gesamte Bevölkerung angemessen abgebildet. Jedes politische Gremium ist deshalb einseitig. Ihm fehlen meist tiefere Einsichten in die Lebenswelten anderer Gruppierungen, es kann deren Interessen nicht angemessen vertreten. Unterrepräsentiert sind vor allem Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund. Darüber hinaus lassen sich Junge und Alte, Beschäftigte und Arbeitslose, Akademiker und Ungelernte, Behinderte und Nicht-Behinderte, Kranke und Gesunde etc. unterscheiden. (Deren Anteil an der Gesamtbevölkerung kann zudem Schwankungen unterliegen.)

Mögliche, zu diskutierende Lösungen:

Die politische Teilnahme vieler hier lebender Menschen ist teils aus rechtlichen, teils aus sozialen Gründen nicht gegeben. Entsprechende Rechte und Möglichkeiten sind zu schaffen.

Auch wenn eine exakte Abbildung der Bevölkerungsstruktur in Gremien kaum möglich ist, so sind Modelle denkbar, die entsprechende Bevölkerungsteile verstärkt beteiligen:

- Das Wahlrecht im Bund, in den Ländern und Kommunen könnte so geändert werden, dass Männer und Frauen zu gleichen Teilen in den Parlamenten, Stadt- und Gemeinderäten vertreten sind.
- Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit sollten auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene wahlberechtigt sein, wenn sie eine bestimmte Zeit hier leben – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus und ihrer Staatsangehörigkeit.
- Alternative Auswahlmechanismen, wie zum Beispiel das Losverfahren oder Methoden, die an das Berufungsverfahren von Schöffen angelehnt sind, könnten ein wirksameres Mittel sein, politische Gremien oder Ämter mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung zu besetzen.
- Durch das Bildungssystem und ein verändertes politisches Klima sollten Menschen dazu ermutigt werden, sich verstärkt für ihre Rechte und Interessen politisch einzusetzen.

2. Repräsentation der Nicht- und Nein-Wähler

Beobachtetes Defizit:

Eine Demokratie lebt vom Mitwirken möglichst aller Stimmberechtigten. Die Beteiligung an Wahlen sinkt jedoch stetig. Die "Wahlsieger" sind oft nur noch von einer kleinen Minderheit der Wahlberechtigten gewählt, ihre Politik also nicht annähernd von einer Mehrheit legitimiert. Die Wahlbeteiligung hat bisher keine Auswirkung auf das Wahlergebnis und die Legitimation des "Wahlsiegers".

Eng damit verbunden fehlt bei Wahlen bislang eine Möglichkeit, ausdrücklich mit einem "Nein" eine Nicht-Zustimmung zu allen Kandidierenden zum Ausdruck zu bringen. Will man zur Wahl stehende Kandidatinnen nicht wählen, bleibt nur die Wahlenthaltung oder das Ungültigwählen. Auswirkungen auf das Wahlergebnis haben diese Wahlentscheidungen jedoch nicht.

Mögliche, zu diskutierende Lösungen:

Wahlverweigerung sollte Folgen für zu wählende Gremien und Mandatsträger selbst haben können. Wahlenthaltungen sollten deshalb immer gleichberechtigt ausgewiesen werden, so dass sich die ausgewiesenen Prozentzahlen immer auf alle Wahlberechtigten beziehen. Denkbar ist auch, Wahlenthaltungen bei der Verteilung der Parlamentssitze zu berücksichtigen. Die Zahl der an die gewählten Parteien zu vergebenden Sitze verringerte sich entsprechend. Die Sitze der "Fraktion" der Wahlenthaltungen blieben dann einfach leer. Alternativ könnten die Plätze im Parlament entsprechend verringert werden.

Bei einem gewissen Prozentsatz an Wahlenthaltungen könnte das Parlament seine Beschlussfähigkeit verlieren. Die Folge könnten Neuwahlen oder die Vergabe der unbesetzten Sitze durch Losverfahren unter den Nichtwählern sein.

Darüber hinaus könnte eine ausdrückliche Nein-Stimme eingeführt werden. Parlamentssitze, die auf die Nein-Stimmen entfallen, könnten unter den Nein-Wählerinnen und -Wählern ausgelost werden. Wer Interesse an einem Parlamentssitz hat und an diesem Losverfahren teilnehmen möchte, müsste sich namentlich registrieren lassen und offen seine Nein-Stimme abgeben.

3. Parteien

3a. Finanzierung

Beobachtetes Defizit:

Parteien werden (nach Art. 21 (1) GG: “Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit”) vom Staat finanziell unterstützt. Spenden natürlicher und juristischer Personen werden durch ihre steuerliche Berücksichtigung staatlich gefördert. Unternehmen und Industrieverbände spenden deshalb große Summen in unterschiedlicher Höhe auch an mehrere, scheinbar konkurrierende Parteien.

Die staatliche Unterstützung und die Mitgliedsbeiträge reichen für die großen Parteiapparate und die immer aufwändigeren Wahlkämpfe oft nicht aus. Die Abhängigkeit der Parteien von Spendengeldern steigt. Wahlkämpfe aber fördern offensichtlich keineswegs eine rationale Debatte über die Leitlinien der Politik, sie arbeiten mit Assoziationen, Emotionen, Halbwahrheiten und Lügen. Parteien sind immer anfälliger für entsprechende Spenderinteressen geworden.

Mögliche, zu diskutierende Lösungen:

Grundsätzlich sollte die Wahlentscheidung der Wählenden durch Meinungsbildung in der öffentlichen Debatte fallen. In dieser könnten und sollten Zusammenschlüsse aller Art, von der Bürgerinitiative gegen eine Umgehungsstraße bis hin zum Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. für ihre Interessen argumentieren. Parteienfinanzierung wäre somit ausschließlich Sache der Bürger.

Im Einzelnen könnte – unterschiedlich radikal – gefordert werden:

- Offenlegungspflicht für Parteispenden schon ab geringer Höhe. Parteispenden sollten auch nur bis zu einer gewissen Höhe zugelassen sein.
- Parteispenden sollten nur Privatpersonen erlaubt sein.
- Unternehmen und Verbände könnten Spenden in einen Spendenpool einfließen lassen, aus dem die Parteien anteilig oder bedarfsorientiert schöpfen könnten.
- Parteien könnten verpflichtet werden, sich ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen zu finanzieren.

3b. Innerparteiliche Demokratie

Beobachtetes Defizit:

Ein sehr häufig angegebener Grund für Politikerverdrossenheit und Wahlverweigerung ist, dass Wahlversprechen von Parteien und einzelnen Kandidierenden nach der Wahl nicht eingehalten werden. Dies ist oft auch Grund für Ärger an der Parteibasis. Wenn Abgeordnete anders abstimmen, als sie es in ihrem Wahlkampf versprochen haben, können sie sich heute leicht z.B. darauf zurückziehen, dass sie ihr Versprechen einem Koalitionsvertrag, einem Erfolg an beliebiger anderer Stelle oder der Fraktionsdisziplin opfern mussten.

3c. Minderheiteninteressen

Beobachtetes Defizit:

Kleine Gruppen, die die Interessen weniger oder besonders zugespitzte Positionen vertreten, werden in den Parlamenten nicht angemessen vertreten. Die 5%-Hürde, die eine angemessene Repräsentation dieser Gruppen verhindert, soll angeblich die Bildung von (Koalitions-) Regierungen erleichtern.

Mögliche, zu diskutierende Lösungen:

Ein imperatives Mandat würde die Abgeordneten an ihren Wahlauftrag binden. Es würde sie daran erinnern, in wessen Auftrag sie angetreten sind und wessen Interessen sie zu vertreten haben.

Oder: Mitgliederversammlungen der Parteien könnten Abgeordneten jederzeit das Mandat entziehen oder Vertreterinnen ihrer Partei aus Ämtern der Exekutive abberufen, wenn sie Parteitagsbeschlüssen zuwider handeln.

Mögliche, zu diskutierende Lösungen:

Ein Sitz im Bundestag entspricht – grob gerechnet – immerhin ca. 72.000 Stimmen. Deshalb sollte die 5%-Hürde für Parteien ganz abgeschafft oder aber zumindest deutlich gesenkt werden. Wechselnde Mehrheiten bei Abstimmungen mögen für Regierungen mühsam sein, für die Demokratie kann das aber nur von Vorteil sein.

4. Abschaffung des Fraktionszwangs

Beobachtetes Defizit:

Im Grundgesetz heißt es in Artikel 38 Abs. 1 “Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages ... sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.” Diese Forderung wird heute in der Praxis zunehmend ausgehebelt: Die Abgeordneten stimmen i.d.R. so ab, wie es ihnen von der Fraktion vorgegeben wird. Würden sie eigenständig und gegen die Fraktionslinie abstimmen, müssten sie z.B. damit rechnen, bei Wahlen nicht wieder aufgestellt zu werden.

5. Abwahlmöglichkeit

Beobachtetes Defizit:

Immer wieder lösen Politiker durch Fehlverhalten Empörung aus (z.B. Skandale im Zuge der Parteispendenaffären; Verhalten der damaligen Justizministerin Merk im Fall Mollath; Verschwendung öffentlicher Gelder). Die Wählerinnen haben jedoch keine Möglichkeit, solches Fehlverhalten zu sanktionieren.

Mögliche, zu diskutierende Lösungen:

Es sollte untersagt werden, innerhalb von einzelnen Fraktionen irgendwelchen Zwang zu einem bestimmten Abstimmungsverhalten auszuüben. Entsprechende Versuche sollten mit Strafen belegt werden. Durch geheime Abstimmungen könnte ein möglicher Zwang umgangen werden.

Mögliche, zu diskutierende Lösungen:

Wer als Politiker nicht nach seinem Amtsauftrag handelt, sollte das politische Amt verlieren können. Durch Abwahl könnten Politikerinnen ihres Amtes enthoben werden und es könnte ihnen z.B. für eine bestimmte Dauer die Ausübung öffentlicher politischer Ämter untersagt werden.

Alternativ könnten Mitgliederversammlungen der Parteien Abgeordneten jederzeit das Mandat entziehen oder Vertreterinnen ihrer Partei aus Ämtern abberufen, wenn sie Parteitagsbeschlüssen zuwider handeln.

Auch für Angestellte und Beamte in Ministerien sollte es ähnliche Sanktionsmechanismen geben, wenn diese, wie dies aktuell oft geschieht, aus parteipolitischen Gründen die Umsetzung und Ausarbeitung von Gesetzesvorhaben verzögern.

6. Mandatsdauer

Beobachtetes Defizit:

Politikerinnen machen immer mehr die Politik zu ihrem Beruf. Sie verlieren dadurch den Bezug zur "normalen" Bevölkerung. Sie sind oft jahrzehntelang im Politikgeschäft tätig. Beim Ausscheiden wechseln sie wegen ihrer engen Kontakte zu politischen Entscheidungsträgern häufig in gut bezahlte Positionen in der privaten Wirtschaft. So entwickelt sich ein Berufspolitikertum, das politische Entscheidungen aus ganz eigenen Interessen trifft und das Allgemeinwohl aus dem Auge verliert.

7. Lobbyismus

Beobachtetes Defizit:

Lobbyisten beeinflussen maßgeblich unsere Politik. Ihr Handeln ist undurchsichtig. Die seit 1972 bestehende "Öffentliche Liste über die beim Bundestag registrierten Verbände und deren Vertreter" enthält nur Verbände, keine Unternehmen oder Lobbyagenturen. Sie enthält auch keine Informationen über Budgets, Kundinnen und bearbeitete Themen. Der Eintrag in diese Liste ist freiwillig.

Interessenvertretung und die Artikulation von Gruppeninteressen gehört zu einer lebendigen Demokratie, ja, sie ist sogar ihr Motor. Undemokratisch wird eine Interessenvertretung jedoch dann, wenn sie undurchsichtig agiert und über Spenden, Zuwendungen oder Zusagen für "Versorgungsposten" Einfluss auf politische Entscheidungen nimmt.

Mögliche, zu diskutierende Lösungen:

Die Mandatsdauer für Abgeordnete sollte zeitlich befristet werden (zum Beispiel auf zwei Legislaturperioden).

Auch die Amtszeit in hohen Regierungsämtern könnte auf zwei Legislaturperioden begrenzt werden.

Es sollten harte Karenzzeiten zwischen einem hohen politischen Amt und einer Tätigkeit bei Unternehmen, die Lobbyarbeit betreiben, eingeführt werden.

Mögliche, zu diskutierende Lösungen:

Ein echtes Lobbyregister sollte eingeführt werden, in dem Lobbyarbeit betreibende Akteure Informationen über ihre Arbeit veröffentlichen müssen (Identität der Akteure, Ziele, Auftraggeberinnen sowie die finanziellen Mittel).

Ein "legislativer Fußabdruck" sollte eingeführt werden: Bei der Erstellung von Gesetzen wird systematisch festgehalten, welcher Lobbyist in welcher Art und Weise Einfluss auf den Gesetzestext genommen hat. Dadurch wird auch für die Parlamentarierinnen, die am Ende über Gesetzesvorhaben abstimmen müssen, transparent, von wem welche Formulierung eingebracht wurde.

Interessengruppen können und sollen sich öffentlich äußern, d.h. ihre Forderungen an Beschlussgremien müssen transparent, also für alle einsehbar sein.

III. Ergänzungen zur repräsentativen Demokratie

1. Transparenz

Beobachtetes Defizit:

Trotz Bürgerinformationsgesetz gibt es Bereiche, in denen es schwer ist, sich zu informieren. Vor allem bei Fragen nach dem Zustandekommen von Regierungsentscheidungen wird dieses Defizit deutlich: Wer hat wann aufgrund welcher und wessen Information was entschieden? Man bekommt keine, eine verzögerte oder teilweise geschwärzte oder unvollständige Auskunft.

Noch weit schlimmer ist es in Themenbereichen mit internationalem Bezug (z.B. Abschluss der MH17 in der Ukraine).

In Bezug auf Geheimdienste ist die Informationslage am schlimmsten, was für das Allgemeinwohl besonders gefährlich ist (z.B. NSA- und NSU-Affären).

2. Abstimmungen der Bewohnerinnen

Beobachtetes Defizit:

Die Beteiligung der Bevölkerung als politischer Souverän an der Politik erschöpft sich in regelmäßig wiederkehrenden Wahlen. In zentralen Belangen werden Entscheidungen oft über die Köpfe der Bevölkerung hinweg auf Regierungsebene getroffen. Dabei sieht Art. 20 (2) GG nicht nur Wahlen, sondern explizit auch "Abstimmungen" als Ausdruck der souveränen Willensbekundung vor.

Für bundesweite Abstimmungen wurde nie ein Ausführungsgesetz beschlossen. In Ländern und Kommunen sind die Regelungen unterschiedlich, aber stets verbesserungsbedürftig.

Mögliche, zu diskutierende Lösungen:

- Das Recht auf Transparenz aller politischen Verwaltungs- und Entscheidungsvorgänge sollte soweit gestärkt werden, wie es das legitime Interesse an persönlichem Datenschutz Einzelner zulässt.
- Es sollten für einzelne Themen Wahrheitsfindungs-Kommissionen geschaffen werden können, die bei unklarer Informationslage mit Nachdruck für Aufklärung sorgen.
- Geheimdienste sind zumindest in der jetzigen Form mit Demokratie unvereinbar.

Mögliche, zu diskutierende Lösungen:

Abstimmungen der Bewohner auf der Ebene von Bund, Land oder Kommune sollten eingeführt, verbessert und regelmäßig genutzt werden. Bestehende Hürden zur Durchführung solcher Abstimmungen sollten abgebaut werden.

Gerade um den von Wahlen enttäuschten Menschen gerecht zu werden, wäre eine Abstimmung zu einzelnen Sachfragen eine gute Möglichkeit der Mitgestaltung der Gesellschaft. Hier ließen sich auch Bedürfnisse aus der Bevölkerung gut einbringen.

Abstimmungen setzen politische Bildung der Menschen, sachliche Aufklärung über den Abstimmungsgegenstand und eine politische Diskussionskultur voraus.

3. Bewohnerbeiräte

Beobachtetes Defizit:

Politik ist überwiegend ein Geschäft von Berufspolitikerinnen geworden. Polemisch ausgedrückt: Es herrscht eine Politikerkaste. Diese erweist sich in Sachfragen oft erstaunlich uninformiert und ist nicht immer bereit, Sachargumente zu hören und zu verstehen.

Bürgerbeteiligungen werden angepriesen, sind aber meist Instrumente der "funktionalen Einbindung" und keine, mit denen Bewohner die Chance haben, sich im Interesse eines wohlverstandenen Allgemeinwohls durchzusetzen.

4. Freie Entfaltung autonomer Strukturen

Beobachtetes Defizit:

Bewohnerinnen empfinden viele Lebensbereiche als überreguliert.

Menschen mit autonomen Lebens- und Produktionsformen fühlen sich deshalb oft schikaniert und benachteiligt.

Mögliche, zu diskutierende Lösungen:

Moderne Gesellschaften haben eine breite Schicht von in vielen Bereichen gut informierten und ausgebildeten Menschen hervorgebracht, die auch bereit sind, sich fachlich einzubringen. Es sollten institutionelle Formen der Mitbestimmung (nicht nur "Mitwirkung") entwickelt werden, die möglichst sicherstellen, dass die Mitglieder dieser Beiräte nicht selbst wieder instrumentalisiert werden.

Mögliche, zu diskutierende Lösungen:

Es sollte ein anerkanntes Subsidiaritätsprinzip geben, d.h., dass Dinge, die z.B. die Kommune betreffen und die sie entscheiden kann, auch von ihr entschieden werden. Ist der Bau eines Freibads eindeutig kommunale Angelegenheit, ist die Lage bei z.B. der Bildung unklarer. Hierüber wird aktuell heftig debattiert. Eine solche Debatte muss allgemein und prinzipiell geführt und zu Ergebnissen gebracht werden, mit dem Ziel, Freiräume zu schaffen.

5. Medien

Beobachtetes Defizit:

Die meisten Medien, egal ob Print, Online, Rundfunk oder Fernsehen, sind in der Hand großer Medienkonzerne.

Im Zuge der Berichterstattung, insbesondere zu Konfliktthemen im Bereich der Politik, fällt eine zunehmend einseitige Desinformation auf. Die gesetzmäßige demokratische Kontrolle durch Preserat, Rundfunkbeirat etc. funktioniert kaum.

Zudem ist den Menschen und ihren Initiativen und Bewegungen ein gleichrangiger Zugang zu den diversen Medien in der Praxis nicht möglich. Er ist schlicht nicht vorgesehen. So kann eine gleichberechtigte, mit gleichen Chancen für jede gesellschaftliche Gruppierung versehene Informationspolitik und Informationspraxis (z.B. im Hinblick auf anstehende Abstimmungen) nicht erfolgen bzw. wird dadurch geradezu verhindert.

6. Verfassung

Beobachtetes Defizit:

Im Grundgesetz heißt es in Art. 146: "Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist." Die Umsetzung dieses Gebots wurde nach 1989 bewusst vermieden. (Im GG fehlt mindestens bis 1. November 1975 der Relativsatz "das nach Vollendung ... gilt").

Mögliche, zu diskutierende Lösungen:

Kartellbildung und die Bildung von Schwergewichten in der Medienbranche stellen wegen ihres enormen manipulativen Potenzials ein großes Risiko für Gesellschaften dar und sollten deshalb vermieden bzw. untersagt werden.

Medienkonzerne sind in kleinere Einheiten mit getrennter und möglichst unabhängiger, eigenständiger Geschäftsführung zurückzuführen. Ihre Berichterstattung sollte informieren, nicht manipulieren. Ebenso ist eine Emotionalisierung in Richtung bestimmter Positionen zu unterlassen.

Initiativen und Bewegungen der Bürgerinnen sollten gleichberechtigten Zugang zu Sendezeiten oder entsprechendem Platz in den Print- und Online-Medien erhalten wie etwa Verbände, Parteien oder prominente Einzelpersonen. Dazu gehören klare, verbindliche Regeln und Verfahren, wie die Veröffentlichung von Beiträgen erfolgen kann. Der Rundfunkstaatsvertrag ist daraufhin zu überprüfen, ob er den vorgeannten Anforderungen entspricht.

Mögliche, zu diskutierende Lösungen:

In der Bundesrepublik hat es – trotz des klaren Auftrags des Art. 146 GG – einen solchen verfassungsgebenden Prozess nach der Wiedervereinigung bislang nicht gegeben. Dort könnten die hier vorgeschlagenen Elemente zur Stärkung demokratischer Strukturen mit eingebunden werden. Eine Verfassungsdebatte könnte ein demokratischer Neubeginn werden.

IV. Was tun? Das Nein ist der Anfang des Handelns

Ein Manifest will Gedanken verbreiten, Haltungen beeinflussen, Diskurse in Gang bringen – und mehr noch: Es will Handlungen auslösen. All die vielen Tausende von Menschen und Hunderte von Gruppen aller Art, die die eingangs angesprochene Kritik an den herrschenden politischen Zuständen teilen – mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung und verschieden starker Empörung –, gehen eben doch oft wählen, halt das “kleinere Übel”, unzufrieden mit sich selbst oder mit Bauchschmerzen, als Protest oder als Bestätigung der eigenen politischen Teilnahme. Diese Menschen – so wünschen wir es – mögen sich als Teil einer auf ein gemeinsames Ziel gerichteten Bewegung verstehen. Zweitrangig ist die eigene Organisationsform: ob (formal) als Partei oder völlig formlos oder als Verein. Auch die Methode des Vorgehens scheint uns zweitrangig: ob man Wirkung erzielen möchte mittels Satire und Provokation oder durch geduldiges Argumentieren mit Bürgerinnen und denen, die als deren Repräsentanten gelten wollen.

Lasst uns das Nein, das wir sagen, bündeln! Lasst uns z.B. die Stimmen für die Partei Nein!-Idee und die Partei der Nichtwähler und die Stimmen für die Gläserne Urne und all die anderen addieren! Lasst uns dieses gemeinsame “Nein!” denjenigen entgegenhalten, die mit Arroganz und Ignoranz derzeit die Macht verwalten. Alle sind aufgerufen, sich der Aktionsform einer der teilnehmenden Gruppen anzuschließen und für sie zu werben oder sogar eigene kreative Ideen und Initiativen zu entwickeln.

Lasst uns unsere je einzelnen Schwerpunkte, von “Volks”-Abstimmungen bis zu Versammlungsrecht, die wir in den Parteien gar nicht oder nicht gut auf-

gehoben sehen, als Teil einer größeren Kampagne betrachten, wie es der Anti-Atombewegung in ihrem Bereich gelungen ist.

Lasst uns dabei die Ziele, Methoden und Überlegungen all derer, die neben uns gehen, im Blick und im Kopf behalten – in gegenseitigem Respekt. So lernen wir dazu und behalten die Bereitschaft, eigene Vorstellungen zu ändern, wo Widersprüche zu anderen legitimen Zielen auftauchen. Hinweise, wo das so ist oder sein kann, finden sich auch im Manifest selbst.

Eine so agierende Bewegung kann im Idealfall beides: konkrete Ziele erreichen und den Stil der politischen Auseinandersetzung so ändern, dass er einer Demokratie würdig ist.

Unterstützer des Manifests:
(Stand: 28.10.2015)

BürgerInnenParlament, Stuttgart
(www.buergerinnen-parlament.de)

DIVaN Demokratie-Initiative Vaihingen/Enz und Nachbarn,
Vaihingen an der Enz
(www.divan-ev.de)

Initiative Mitmachen ohne Mitzuspielen /
Gläserne Urne, Stuttgart
(www.glaeserne-urne.de)

Nein!-Idee
(www.nein-idee.de)

Partei der Nichtwähler
(www.pdnw.eu)

1. Auflage 2015

Peter-Grohmann-Verlag
Kremmlerstraße 51 A
D 70597 Stuttgart
peter-grohmann@die-anstifter.de

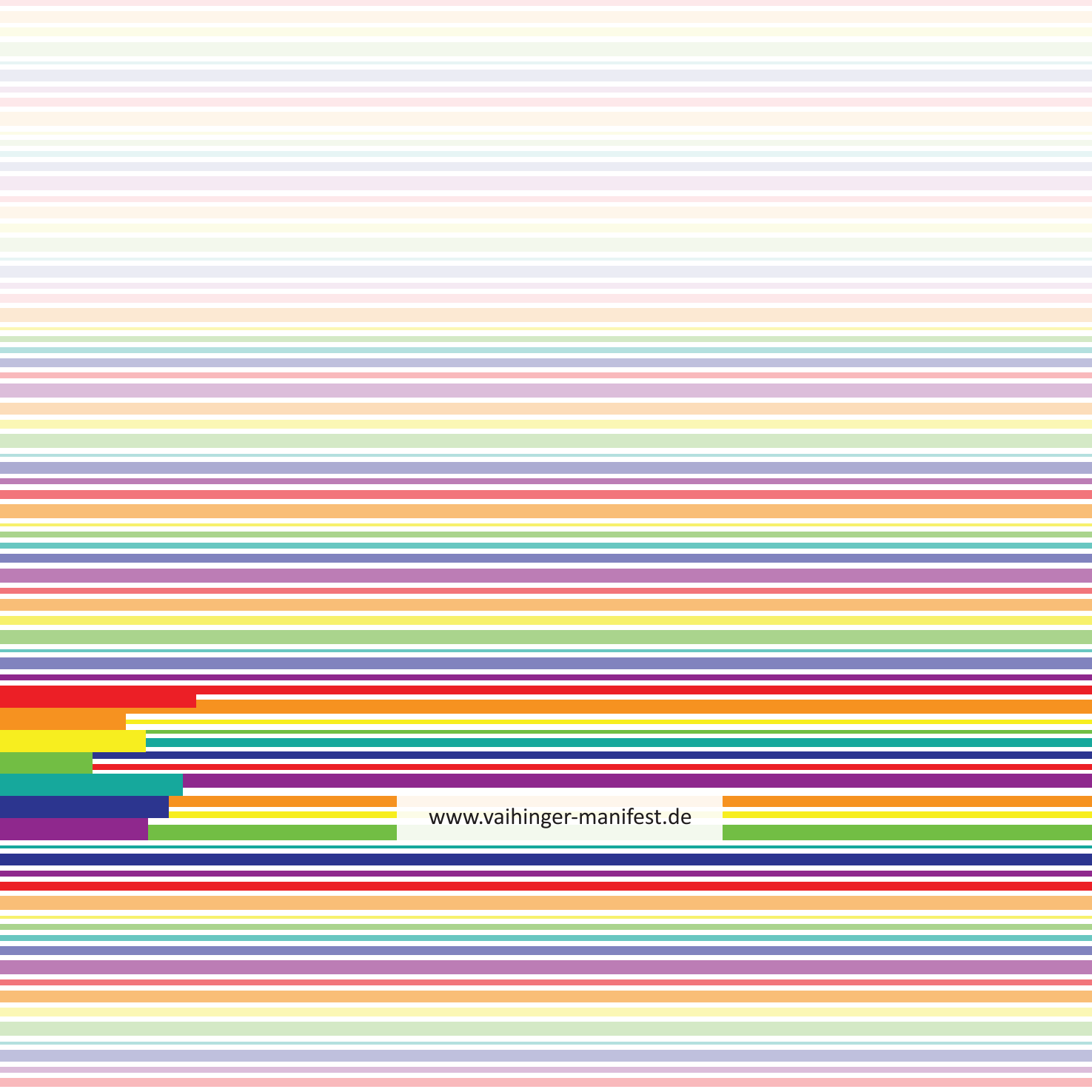
Umschlag und Layout:
Mehrddad Hozhabri Nezhad

Herausgeber: Konrad Nestle
Tachenbergstraße 17, 70499 Stuttgart

www.vaihinger-manifest.de

Schutzgebühr: 3,00 Euro

ISBN: 978-3-9441378-09-4



www.vaihinger-manifest.de